

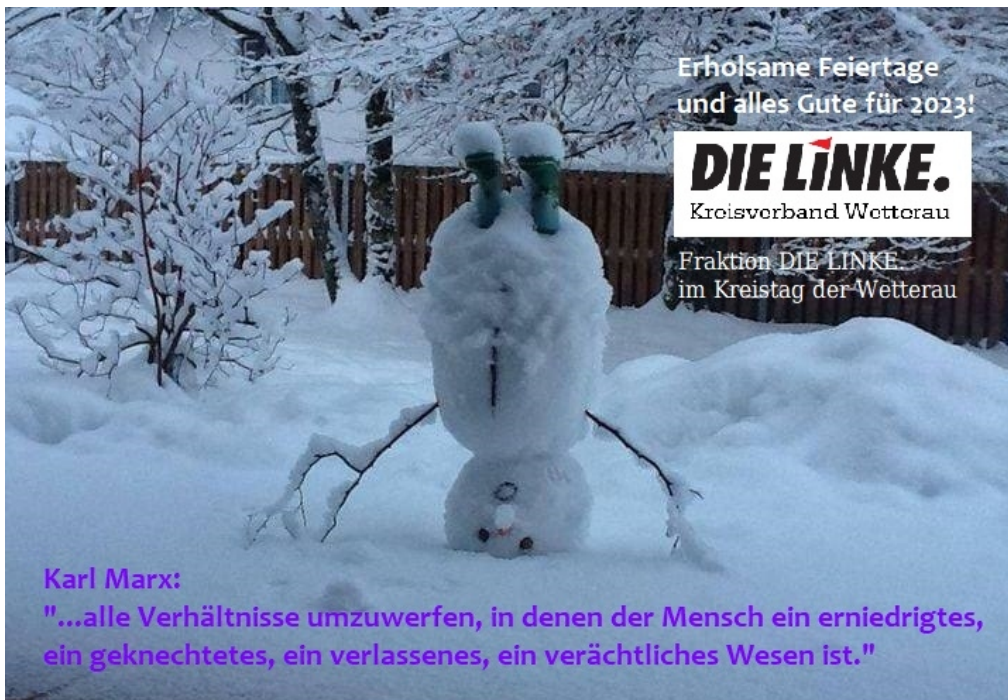
Aktuelle Post aus dem Kreistag (11)



10. Dezember 2022

Sehr geehrte Leser:innen!

Liebe Freund:innen! Liebe Genoss:innen!



Das Jahr geht nun mit großen Schritten seinem Ende zu. Wir möchten allen unseren Leser:innen erholsame friedliche Feiertage wünschen und alles erdenklich Gute für das Jahr 2023. Behalten Sie / behaltet in diesen unsicheren Zeiten Ihren / euren Mut!

In der heutigen Ausgabe der aktuellen Post berichten wir über die Kreistagssitzung vom 7. Dezember 2022. Mit 36 Tagesordnungspunkten war es die längste Sitzung in diesem Jahr. Das beherrschende Thema – die Unterbringung von Geflüchteten – ermunterte die rechte Flanke zu besonderem Eifer. Leider agiert die Kreisspitze angesichts des Drucks, Geflüchtete schnell unterzubringen, nicht besonnen und malt selbst das Bild einer Asylantenflut. Es ist schwer, hier eine nüchterne Debatte zu führen.

Darüber berichten wir in der heutigen Ausgabe:

1. Unterbringung von Geflüchteten in Friedberg-Dorheim
Unterbringung von Geflüchteten im Kreisgebiet
2. Erwerb des ehemaligen OBI-Marktes Büdingen für den Zivil- und Katastrophenschutz
3. Antrag DIE LINKE.: Endlich eine Kehrtwende zu sozialer Politik. Armut bekämpfen!
4. Anträge Freie Wähler: Energiekosten Hallenbäder und Fachkräfteoffensive für Kitas
5. Anträge der Grünen: Schulsozialarbeit und Energiesparen an Schulen

RÜCKLICHT

Reichtum für wenige-Armut für viele?



Diskussionsforum

mit Dr. **Christoph Butterwegge**, Politikwissenschaftler und Armutsforscher, emeritierter Professor der Universität Köln und mit sozial engagierten Gästen aus der Wetterau. Interessierte Bürger:innen sind herzlich zur Diskussion eingeladen!



Schirmherr: Dr. Ulrich Wilken, Vizepräsident des Hessischen Landtags.

13. Dezember 2022, 19 Uhr
Friedberg, Stadthalle
Am Seebach 2, Saal 1

Der Verein ‚Linke Hartz4-Hilfe Wetterau‘ arbeitet seit 10 Jahren

DIE LINKE. Kreistagsfraktion unterstützt den Verein ‚Linke Hartz4-Hilfe Wetterau‘. Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber von der Kreistagsfraktion der Linken gehören zu den Gründungsmitgliedern. Seit 10 Jahren finden im Roten Laden in der Friedberger Usagasse zweimal in der Woche Sozialsprechstunden statt. Leider ist die Sprechstunde stark frequentiert. Soziale Notlagen sind in den vergangenen Jahren häufiger geworden.

Der Verein will aber nicht nur unterstützen, sondern arbeitet auch politisch gegen Sozialabbau und Armut. Unter anderem werden Diskussionsforen organisiert, um das Thema Armut aus der Tabuzone zu holen. Soziale Politik muss es auch im Wetteraukreis geben!

Das fünfte Forum findet am 13. Dezember 2022 in der Stadthalle Friedberg statt. Dafür konnte der bekannte Armutsforscher Dr. Christoph Butterwegge als Diskussionspartner gewonnen werden. Der Verein lädt interessierte und sozial engagierte Menschen herzlich ein.

Unterbringung von Geflüchteten im Wetteraukreis

Wenn die Kreisspitze von den Belastungen durch die Aufnahme von Geflüchteten spricht, meint sie nicht ukrainische Geflüchtete. Es geht um so genannte „Weltflüchtlinge“. Der Landrat stellt die Überlastung des Wetteraukreises durch diese Gruppe immer ganz nach vorne: „Die Aufnahmekapazitäten laufen voll“, „Wir sind an unserer Belastungsgrenze“, „Es kommen inzwischen 80 Prozent Weltflüchtlinge und 20 Prozent Ukrainer bei uns an“. Das hört sich wie eine Flutwelle an. Nach Katastrophe.

Wir haben diese Zahlen eingehend nachgeprüft und kamen zu folgendem Ergebnis:

Von Januar bis Oktober 2022 waren rund 1,1 Millionen ukrainische Geflüchtete in Deutschland (laut Ausländerzentralregister). Die Zahl der Asylanträge – das sind die „Weltflüchtlinge“ – lag in dieser Zeit bei 181.612. Im November kamen weitere 29.383 Asylsuchende hinzu. Dazu wurden noch Altfälle verzeichnet, so dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Asylsuchenden für 2022 mit 214.253 Personen beziffert. Diese Zahlen gelten für das gesamte Bundesgebiet.

Wieso 215Tausend Personen eine Katastrophe für ein 83-Millionen-Volk sein sollen, erschließt sich uns nicht. Was die Aufnahme von Geflüchteten schwer macht, ist die große Zahl von Flüchtlingen aus der Ukraine. Denn insgesamt – also alle Geflüchteten zusammengerechnet – liegt die Zuwanderung zur Zeit etwas über den Zahlen von 2016.

In der Berichterstattung der Kreisspitze ist nie die Rede von den ukrainischen Geflüchteten. Als Belastung gelten die „Weltflüchtlinge“. Zwar hörte man in den Ausschüssen immer mal wieder durch, dass die Aufnahme der ukrainischen Geflüchteten durchaus problematisch ist. Doch das wird offiziell nicht thematisiert.

Bis Ende Oktober kamen überwiegend Ukrainer in die Wetterau. Im November kamen weniger Ukrainer an und mehr „Weltflüchtlinge“. Das meint der Landrat mit der Katastrophenmeldung, es kämen jetzt 80 Prozent „Weltflüchtlinge“. Das Verhältnis hat sich umgekehrt. Bisher hat sich die Anzahl der Ankömmlinge nicht verändert. Aber natürlich könnte im Winter die Zahl der Schutzsuchenden wachsen.

Zweifellos ist die Aufnahme von Geflüchteten eine anspruchsvolle Aufgabe. Wir möchten aber daran erinnern: Nach 2016 wurden viele Unterkünfte geschlossen, Mietverträge aufgekündigt, manche Objekte verkauft. Der Kreis übernahm die restlichen Unterkünfte der Kommunen in seine Regie. Man ist nicht davon ausgegangen, dass nochmal eine ähnliche Zahl von Geflüchteten eintreffen wird wie 2015/16 und so gab es keine Vorbereitung.

Wir haben einen Änderungsantrag gestellt und in unserer Rede auf die Ungleichbehandlung von Geflüchteten und die verzerrte Wahrnehmung hingewiesen.

Der Änderungsantrag ist hier zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1553-%C3%A4nderungsantrag-unterbringung-von-gef%C3%BChteten.html>

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
wir werden der Bereitstellung von 15 Millionen zur Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten zustimmen. Wir möchten aber, dass der Antrag ergänzt wird.

Aus unserer Sicht sind zwei Punkte problematisch:

1. Es ist eine politische Entscheidung der Bundesregierung und Teil der derzeitigen deutschen Außenpolitik, Geflüchtete aus der Ukraine aufzunehmen und diesen Geflüchteten besondere Aufnahmebedingungen zu bieten. (<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/heil-fluechtlinge-ukraine-101.html>)

Für den Wetteraukreis und die Wetterauer Kommunen bedeutet das höhere Kosten in der Verwaltung und auch bei sozialen Leistungen, wie Kosten der Unterkunft, Betreuung und Integration, Sprachförderprogramme, Kindergartenplätze, Schulkapazitäten usw.

Wir haben mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, wie problemlos für ukrainische Geflüchtete der Aufenthalt und der Zugang zum Jobcenter und Arbeitsmarkt geregelt wird.

Dass das möglich ist, finden wir gut.

Doch diese politischen Entscheidungen der Bundesregierung dürfen nicht zulasten der Kreise und Kommunen gehen.

Es wurden seitens des Bundes und der Landesregierung bedeutende Mittel für die Aufnahme Geflüchteter bereit gestellt. Derzeit sieht es so aus, als würden diese Mittel nicht ausreichend an die untere Ebene weitergeleitet, die ja die Leistungen konkret erbringen muss.

Wir möchten den Kreisausschuss auffordern, sich hier nachdrücklich zu Wort zu melden.

Politische Entscheidungen dieser Tragweite müssen finanziell entsprechend abgesichert sein.

Wer bestellt, muss bezahlen!

Und 2.

Den bisher mehr als eine Million ukrainischen Geflüchteten stehen laut BAMF von Januar bis Oktober 2022 insgesamt 181.612 Asylsuchende aus anderen Regionen der Welt gegenüber.

Im November kamen nochmal 29.383 Personen dazu. Mit den Altfällen nennt das BAMF zum 30. November 214.253 Asylsuchende in Jahr 2022.

Diese Geflüchteten können nicht auf ein entsprechend schnelles besonderes Verfahren für ihren Aufenthalt hoffen. Der Zugang zu Leistungen des Jobcenters und zum Arbeitsmarkt ist erschwert. Ein sicherer Aufenthaltsstatus dauert mitunter Jahre.

Rund 215.000 Geflüchtete aus anderen Kriegs- und Krisengebieten stellen bei 83 Millionen Einwohnern keine besondere Belastung für Deutschland dar. Warum wird hier das Bild einer Flut gemalt?

Ihre Ungleichbehandlung ist aber eine politische Entscheidung. Und in dieser Ungleichbehandlung liegt ein nicht geringer sozialer Sprengstoff.

Wir beantragen deswegen, dass sich der Kreisausschuss beim Land und Bund für eine Verbesserung der finanziellen Mittel nachdrücklich einsetzt. Und auch für eine Anschlussregelung für die Gruppe der Geflüchteten, die nicht über den §24 AufenthG bei uns Schutz suchen, um die Ungleichheit wenigstens ein bisschen abzubauen.

Dorheim: Über die Pläne des Wetteraukreises, auf dem Gelände des Wertstoffhofs der AWB eine Containerunterkunft zu errichten, hatten wir in der letzten Ausgabe dieser Post berichtet. Auch in der Presse war darüber einiges zu lesen. Inzwischen konnten sich die Kreistagsabgeordneten die Pläne ansehen. Der Standort ist in Ortsrandlage. In der Nähe ist ein Supermarkt und auch der Bahnhof. Wir hatten zunächst Bedenken, denn eine Unterkunft auf einem Müllgelände erschien

uns nicht sinnvoll. Zum Teil wurden unsere Bedenken ausgeräumt. Das Gelände ist groß und der Containerbau wird neben der Straße errichtet. Er hat einen eigenen Eingang weg vom Wertstoffhof und ist damit nicht direkt dem Wertstoffhof zugerechnet. Alle notwendigen Anschlüsse sind vorhanden. Die Unterkunft für 120 Personen entsteht zeitnah.

Wir haben dieser Baumaßnahme zugestimmt. Zwar sind wir immer noch nicht wirklich zufrieden mit dem Standort. Doch es müssen derzeit mit Druck Unterkünfte für Geflüchtete geschaffen werden. Die Wohncontainer sind auf jeden Fall besser, als Leichtbauhallen oder Turnhallen. Die alternativen Standorte, die die Stadt Friedberg vorgeschlagen hatte, werden gerade ebenfalls geprüft, ob sie für Unterkünfte geeignet sind.

15 Millionen Euro für die Unterbringung von Geflüchteten im Kreisgebiet:

Insgesamt werden 1000 Geflüchtete im Wetteraukreis erwartet. Die Menschen kommen wöchentlich in Gruppen von ca. 70 Personen bei uns an und werden in Unterkünfte verteilt. Der Druck auf die Kreisverwaltung entsteht, weil nicht so schnell Sammelunterkünfte geschaffen werden können. Auch die geplanten Leichtbauhallen dauern ihre Zeit. Der Kreis hat keine eigenen Flächen und prüft derzeit die Standorte, die von den Bürgermeister:innen vorgeschlagen wurden. Auf fünf der geeigneten Flächen sollen Hallen in Leichtbauweise errichtet werden.

Die Leichtbauhallen werden 4,8 Millionen Euro kosten. Dazu kommen Erschließungskosten, Küchen- und Sanitärcontainer für 1,48 Millionen Euro. Reinigung und Betriebskosten fallen mit geschätzten 2 Millionen an. Der größte Posten sind die Securityfirmen mit 5,2 Millionen Euro. Sozialarbeit oder diverse andere Maßnahmen müssen ebenfalls kalkuliert werden.

Der Kreisausschuss rechnet mit Ausgaben von 15 Millionen Euro und das wurde auch im Kreistag mehrheitlich beschlossen.

Erwerb des ehemaligen OBI-Marktes Büdigen für den Zivil- und Katastrophenschutz

Während der Hochzeit der Corona-Epidemie diente der ehemalige OBI-Baumarkt als Impfzentrum. Der Kreisausschuss beantragte jetzt den Erwerb der Liegenschaft für 2,8 Millionen Euro. In dem Gebäude soll Material für gesundheitliches Krisenmanagement und für den Katastrophenschutz fachgerecht eingelagert werden. In einem Krisenfall soll dort ein „Betreuungsplatz 500“ möglich sein. Das bedeutet, im Ernstfall könnten dort 500 Personen aufgenommen und gepflegt werden. Das Gebäude wäre auch kriegsfalltauglich. Im Antrag der Kreisspitze werden genannt: Platz für eine größere Anzahl Verletzter und „ortsfeste Befehlsstelle“, die im Katastrophenfall regional agiert.

Es ist nicht verkehrt, sich auf Krisen vorzubereiten. Es gab auch in der Wetterau Starkregenereignisse mit überfluteten Gemeinden. Und zu Beginn der Corona-Epidemie stellte man fest, dass nicht ausreichend Masken oder andere Hilfsgüter eingelagert waren.

Deswegen lehnten wir den Antrag nicht ab. Aber ein Beigeschmack bleibt: Wieso werden diese Maßnahmen jetzt für notwendig befunden? Welche Rolle spielt dabei der Ukrainekrieg? Sind sie Teil eines Kriegsszenarios?

Antrag DIE LINKE.: Endlich eine Kehrtwende zu sozialer Politik. Armut bekämpfen!

Die Armut steigt. 2021 sind in Hessen schon 18,3 Prozent der Menschen arm. Die Armutsquote bei Kindern beträgt gar 25 Prozent. Viele sind von Armut bedroht. Leider liegt über diesem katastrophalen Zustand ein Tabu. Und leider gelangt Armut nicht ins Wahrnehmungsfeld unserer Kommunalpolitiker:innen.

Wir haben einige unserer früheren Anträge zusammengefasst und nochmal eingebracht. Natürlich wurde der Antrag abgelehnt. Allen voran trat die SPD gegen unseren Antrag an. Der Abgeordnete Becker sagte, es ginge nicht an, dass der Wetteraukreis Erleichterungen für Leistungsberechtigte schaffe. Es gebe ein Bundesgesetz und dem sei nichts hinzuzufügen. Im Klartext: Wenn die Bundesregierung Armut per Gesetz beschließt, darf dagegen nichts unternommen werden. Erwartbar positionierte sich Herr Kuger von der AfD: Der Antrag wolle eine Rundumversorgung durch den Staat und das dürfe es keinesfalls geben. Es brauche weniger Leistungen vom Staat. Die Leute sollen sehen, wo sie bleiben, Basta.

Wir beantragten eine Sozialchipkarte für

- Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (SGB II)
- Empfänger von Sozialhilfe (SGB XII)
- Empfänger von Wohngeld
- Leistungsberechtigte nach SGB VIII
- Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
- Leistungsberechtigte nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Für diese Chipkarte soll es soziale Vergünstigungen geben. Was genau, ist hier im Wortlaut zu lesen:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1555-antrag-fraktion-die-linke-endlich-eine-kehrwende-zu-sozialer-politik.html>

In der Begründung unseres Antrags verweisen wir darauf, dass diese Maßnahmen finanzierbar sind.

Wir haben diese Rede dazu gehalten:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

Es wird Zeit, dass das enorme Ausmaß der sozialen Verwerfungen endlich zur Kenntnis genommen wird! Dass auch hier in der Wetterau registriert wird: Armut, soziale Deklassierung und Ungleichheit sind zentrale Probleme! Probleme, die angepackt werden müssen!

Wenn in Hessen 18,3 Prozent der Bevölkerung arm sind, die Kinderarmut 25 Prozent beträgt, dann ist das keine Randerscheinung!

Ein Viertel der Bevölkerung hat mit elementaren sozialen Problemen zu kämpfen. Bei 10 Prozent Inflation, enormen Teuerungen und einer sich anbahnenden Rezession ist ein weiterer Anstieg von Armut zu erwarten. Das kann und darf nicht mehr ignoriert und zur Seite gewischt werden! Politik gegen Armut ist nicht allein die Aufgabe der Bundes- oder Landesregierung. Politik gegen Armut muss auch hier im Wetteraukreis zu einem zentralen Punkt für politisches Handeln werden!

Wir haben in unserem Antrag sozialpolitisch wirksame Maßnahmen zusammengestellt. Und das sind keine Wolkenkuckucksheime. Solche Maßnahmen haben einige andere Kreise oder Städte schon ergriffen, weil sie ihrer sozialpolitischen Verantwortung nachkommen wollen. Man könnte

sich diese Beispiele ja mal anschauen! Unsere Vorschläge in diesem Antrag sind umsetzbar! Weil jetzt hier nicht so viel Redezeit ist, konzentriere ich mich auf den wichtigsten Punkt: Bezahlbaren Wohnraum.

Was ist mit der kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft? Fast zwei Jahre nach dem Kreistagsbeschluss ist noch keine Aktivität zu bemerken.

Der Druck auf das untere Preissegment des Wohnungsmarktes steigt immer weiter an. Wie soll das Wohnungsproblem gelöst werden?

Wir bringen hier derzeit viele Geflüchtete in provisorischen Unterkünften unter. Dort können sie aber nicht bleiben. Schon jetzt leben noch 800 anerkannte Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften. Da bleiben die ja nicht, weil es in diesen Quartieren so nett ist. Sie finden keinen bezahlbaren Wohnraum!

Für ukrainische Geflüchtete wurde aus politischen Gründen eine Wohnungsbörse geschaffen. Für alle anderen halten Sie das offensichtlich nicht für nötig.

Aber es geht nicht nur um Geflüchtete. Viele Menschen, die im Niedriglohnsektor arbeiten, können die Mieten kaum noch bezahlen. 70 Prozent der Leute, die Hartz4-Leistungen bekommen, gehen arbeiten. Sie müssen aufstocken, weil sie viel zu wenig verdienen.

Und selbst für Haushalte, die bisher klar kamen, wird es immer schwieriger. Wenn jetzt die Nebenkosten weiter ansteigen und die Lebenshaltung teurer wird, geraten diese Menschen in eine Abwärtsspirale. Was ist dann in Zukunft zu erwarten, wenn in der anstehenden Wirtschaftskrise die Arbeitslosigkeit zunimmt?

Wenn mehrere Hundert auf den Wartelisten der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften stehen, dann ist klar: Der Markt regelt nichts!

Hier muss was passieren!

Und da hilft die beschönigende Nachricht auch nichts, dass ja im Wetteraukreis mehr als 20 000 neue Wohnungen entstanden sind. Sie wissen genau wie ich, dass keine niedrigpreisigen Wohnungen entstanden sind. Aber auf der anderen Seite sind in den letzten Jahren 40 Prozent der Sozialwohnungen im Wetteraukreis weggefallen!

Im unteren Preissegment herrscht Wohnungsnot! Und Sie ignorieren die Misere nach wie vor! Sie haben eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft beschlossen, um im Kommunalwahlkampf ihre Ruhe zu haben! Sie haben sie finanziell schlecht ausgestattet und der Eindruck verfestigt sich, dass Sie auf das sang- und klanglose Ableben spekulieren – aber jedenfalls spekulieren Sie nicht auf eine soziale Wohnungspolitik im Wetteraukreis.

Meine Damen und Herren! Hier braucht es endlich ein Umdenken! Es wird Zeit für soziale Politik!

Anträge Freie Wähler:

Energiekostenentlastung für kommunale Hallenbäder. Die Freien Wähler wollten erreichen, dass der Kreis den Teil der Energiekosten zu 50% trägt, der über den Verbrauch von 2021 hinausgeht. Mit einem Änderungsantrag bot die Koalition aus SPD und CDU an, die Unterstützung für das Schulschwimmen zu erhöhen. Und zwar um 2 Euro pro Schüler:in. Dieser Antrag fand eine Mehrheit. Auch wir haben ihn unterstützt.

Fachkräfteoffensive für mehr Ausbildung in der Erziehung. Es herrscht Mangel an Erzieher:innen. Die Freien Wähler beantragten eine Fachkräfteoffensive vom Kreisausschuss. Es soll in den Abgangsklassen der Schulen für eine Ausbildung zu staatlich geprüften Erzieher:innen und Sozialassistent:innen geworben werden. Und sie regen an, dass an den Berufsschulen ein Ausbildungsgang zur praxisintegrierten Erzieher:in angeboten werden soll. In die gleiche Richtung ging ein Antrag der Grünen, der einen Bericht vom Kreisausschuss fordert. Damit soll über den Stand der Fachkräftebesetzung, über die Vergütung und die veränderten gesetzlichen Vorgaben berichtet werden.

Die Anträge wurden in die Ausschüsse überwiesen.

Derzeit wird im Landtag über die Einrichtung eines Elternbeirats der Kitas gesprochen. Auch auf Kreisebene wollen die Eltern eine Vertretung installieren. Wir würden es begrüßen, wenn den Eltern mehr Mitspracherecht eingeräumt würde.

Anträge der Grünen:

Ausschreibung der nächsten Tranche der Schulsozialarbeit: Die Grünen mahnten an, dass rechtzeitig vor der Ausschreibung der nächsten Tranche der Schulsozialarbeit im Jugend- und Sozialausschuss berichtet wird: Über das Verfahren, den Umfang und die Inhalte der Leistungen. Beim letzten Mal gab es viel Kritik an der Ausschreibung. Es wurde sogar ein Akteneinsichtsausschuss eingesetzt. Jetzt wollen die Grünen, dass der Kreistag in das Verfahren einbezogen wird.

Die Koalition aus SPD und CDU will im Ausschuss lediglich das pädagogische Konzept vorstellen. Über das Verfahren und den Leistungsumfang wollen sie nicht reden, weil es gar keinen Diskussionsbedarf gebe. Das Thema wird im Jugend- und Sozialausschuss weiter beraten.

Energiesparanreize für Schulen: Früher gab es einmal eine Regelung, dass die Schulen fürs Energiesparen belohnt werden. Die Einsparungssumme wurde errechnet. 50 Prozent davon wurde den Schulen überwiesen. Das war ein starker Anreiz zum Energiesparen.

Der Koalition aus SPD und CDU war das zu teuer. Sie boten mit einem Änderungsantrag lediglich an, dass Energieeinsparungen zu einem Bewertungskriterium bei der Vergabe des Wetterauer Schulpreises werden sollte.

Rechte Anträge: Sieben Anträge stellte die AfD. Etwa zum „Verzicht auf Gendersprache“ oder „Keine Abschaltungen oder Teilabschaltungen von Straßenbeleuchtung“. In der Mehrheit richteten sich die Anträge aber gegen Geflüchtete. Die AfD forderte eine „Neuausrichtung der deutschen Asylpolitik“. Es dürfe keine Pullfaktoren geben, wie die Erhöhung von 50 Euro für Leistungsbezieher:innen des neuen Bürgergelds. Das Recht auf Asyl stellen sie zur Disposition. Für sie reisen alle Geflüchteten illegal ein. Sie befürworten deshalb Abschiebungen und Pushbacks an den Grenzen. Unterstützung erhielt die AfD von gleichlautenden Anträgen der NPD. Alle diese Anträge wurden abgelehnt.



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!
Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der Homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.
Viele Grüße von Malin Potengowski, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber